

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band I

Die totalitäre Unterdrückung der Deutschen vom 8. bis zum 19. Jahrhundert

Leben ohne Freiheit: 1.000 Jahre unwürdige Leibeigenschaft

Band I/032

Der Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika vom 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg

Wer auch immer die Geldmenge in unserem Land kontrolliert, ist der uneingeschränkte Herrscher über den gesamten Handel und die Industrie ...

Und sobald man begreift, daß das ganze System sehr einfach gesteuert werden kann, so oder so, durch einige wenige an seiner Spitze, braucht einem nicht mehr erklärt werden, woher Zyklen der Inflation und Rezession kommen.

James Abraham Garfield (1831-1881, nordamerikanischer Politiker, wurde zwei Wochen nach diesem Zitat erschossen)

Die Monroe-Doktrin

US-Präsident James Monroe (1758-1831) stellte im Jahre 1823 die sog. "Monroe-Doktrin" auf: "Amerika den Amerikanern!" (Erklärung gegen europäische bzw. amerikanische Einmischung in die jeweiligen Streitfragen der Kontinente).

In der sog. "Monroe-Doktrin" vom 2. Dezember 1823 warnte der US-Präsident die europäischen Großmächte, sich in amerikanische Angelegenheiten einzumischen (x056/134): >>Die amerikanischen Kontinente sind auf Grund der Freiheit und Unabhängigkeit, die sie erworben haben und aufrechterhalten, künftig von keiner europäischen Macht mehr als Ziele einer Kolonisierung anzusehen. ...

Wir würden jeden Versuch europäischer Mächte, ihr System auf irgendeinen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als Gefahr für unseren Frieden und unsere Sicherheit betrachten. Wir haben uns nicht in bestehende Kolonien oder abhängige Gebiete europäischer Mächte eingemischt und werden dies auch in Zukunft nicht tun.

Was aber die Regierungen betrifft, ... so müßten wir jedes Eingreifen einer europäischen Macht mit dem Zweck, sie zu unterdrücken oder auf andere Weise ihr Schicksal zu bestimmen, als Zeichen einer unfreundlichen Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten betrachten. ... Unsere Politik gegenüber Europa besteht nach wie vor darin, uns nicht in die inneren Angelegenheiten der dortigen Mächte einzumischen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Monroe-Doktrin" vom 2. Dezember 1823 (x068/97): >>... Berühmt beziehungsweise berüchtigt bis heute aber blieb James Monroe, der fünfte Präsident (1817-1825), wegen einer Doktrin, die er am 2. Dezember 1823 der Welt verkündete. Von den europäischen Mächten seinerzeit zwar kaum zur Kenntnis genommen, war sie im Grunde für sie nicht sehr viel weniger provokativ als die Unabhängigkeitserklärung vordem für England. Lief diese

Doktrin doch auf eine Nichteinmischung der europäischen Staaten in Amerika hinaus, auf ihren Ausschluß vom amerikanischen Doppelkontinent.

Voll allerdings entfaltete sich das Monroe-Meisterstück, das nur der Ausdehnung der Vereinigten Staaten diene und bald zur Leitlinie ihrer Außenpolitik wird, erst mit zunehmender Expansion um die Wende zum 20. Jahrhundert. Theodore Roosevelt nämlich, der von Reagan und Bush so verehrt, weitet es dann dreist zu einem Aufsichtsrecht der USA über schwache amerikanische Staaten aus, besonders natürlich in Lateinamerika.

Die völlig einseitig getroffene Entscheidung Monroes, begreiflicherweise nie der Billigung der lateinamerikanischen Staaten unterbreitet, hat von Metternich über den russischen Zaren Alexander bis zu Nikita Chruschtschow scharfe Kritik erfahren. Letzterer meinte noch 1960: "Die Überreste der Monroe-Doktrin müßten begraben werden wie alle Leichen, damit sie die Luft nicht mehr mit ihrem Gestank verpesteten."

Doch ungezählte Male wurde "der Eckstein der amerikanischen Außenpolitik" (Senator Kenneth Keating) von Amerikanern beschworen, wenn es um Seeblockaden, Interventionen und Ähnliches ging. Ja, Monroes Doktrin wurde noch von der "Truman-Doktrin" und der "Eisenhower-Doktrin" imitiert, und noch 1962 machte sie Präsident Kennedy bei der Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba geltend. ...<<

Der US-Wirtschaftskrieg gegen Japan

Die Zeitung "New Yorker Courier and Enquirer" berichtete im Jahre 1852 über die US-Außenpolitik gegenüber Japan (x056/296): >>Wir sprechen jeder Nation, welche irgendeinen Teil der Küsten der Welt innehat, das Recht ab, sich gegen jeden Handelsverkehr mit den anderen Mächten abzuschließen. Wir behaupten, daß die zivilisierten und christlichen Nationen das Recht haben, die Barbaren zu zwingen, daß sie sich dem allgemeinen Gesetz der Nationen unterwerfen. Namentlich steht aber allen Nationen der Welt das Recht zu, im Falle der Gefahr und Not Zutritt zu allen Häfen und Küsten der Welt zu haben und den Schutz, Hilfe und die Gastfreundschaft der Bewohner dieser Küsten in Anspruch zu nehmen. Dies Recht erkennt Japan nicht an.

Unser Geschwader (unter Kommodore Perry) wird Feldgeschütze mit sich nehmen und alles, was nötig ist, um den zu stellenden Forderungen Nachdruck zu verleihen.<<

Der US-Marineoffizier Matthew C. Perry (1794-1858) forderte im Jahre 1853 die japanische Regierung ultimativ auf, die Häfen des Landes für amerikanische Handelsschiffe zu öffnen.

Perry übergab damals folgenden Brief des US-Präsidenten für den japanischen Kaiser (x239/-190): >>Ich habe Kapitän Perry angewiesen, Eurer Kaiserlichen Majestät zu versichern, daß ich gegenüber Eurer Kaiserlichen Person und Regierung die freundlichsten Gefühle hege. Wenn ich ihn nach Japan sende, bedeutet dies nur, daß ich Eurer Kaiserlichen Majestät vorschlage, die USA und Japan möchten in Freundschaft leben und miteinander Handel treiben.

...

Die Vereinigten Staaten von Amerika erstrecken sich von Ozean zu Ozean. Unser Territorium Oregon und der Staat Kalifornien liegen dem Reich Eurer Kaiserlichen Majestät direkt gegenüber. Unsere Dampfschiffe fahren in 18 Tagen von Kalifornien nach Japan. Unser großer Staat Kalifornien produziert jedes Jahr für ungefähr 60 Millionen Dollar Gold. Daneben liefert er Silber, Quecksilber, Edelsteine und viele andere wertvolle Produkte.

Japan ist ebenfalls ein reiches und fruchtbares Land und stellt viele wertvolle Produkte her. ... Ich bin sehr daran interessiert, daß unsere beiden Länder miteinander Handel treiben, zum Nutzen Japans und der USA ...<<

Der Shogun (von 1192-1867 Leiter der japanischen Regierung) öffnete im Jahre 1854 japanische Häfen für nordamerikanische Handelsschiffe (Vertrag von Kanagawa).

Ein japanischer Zeitzeuge berichtete damals über den Ablauf der ungewöhnlichen "Vertrags-

verhandlungen" (x176/234): >>Es war im Sommer des Jahres 1853, als ein gewisser Perry, der sich der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika nannte, plötzlich in Uraga in der Provinz Sagami mit vier Kriegsschiffen ankam und erklärte, er bringe einen Brief von seinem Lande, den er an den Herrscher von Japan abzuliefern wünsche. ...

Der Brief drückte den Wunsch der Vereinigten Staaten aus, einen freundschaftlichen Verkehr mit Japan herzustellen und schloß damit, daß, wenn man ihnen dies verweigere, sie Feindseligkeiten beginnen würden. ...

(Die Berater des Shoguns kamen nach langer Prüfung zur Auffassung): Wenn wir versuchen, sie zu verjagen, werden sie sofort Feindseligkeiten beginnen, und dann werden wir kämpfen müssen. ... Der Feind wird unsere Ufer vollständig einschließen, er wird unsere Dschunken nehmen, unsere Häfen blockieren und uns aller Hoffnung berauben, unsere Küsten zu verteidigen. ...<<

Der US-Imperialismus in Lateinamerika, Alaska und Südostasien

Kaiser Napoleon III. gründete im Jahre 1864 in Mexiko ein französisches Kaiserreich und setzte Erzherzog Maximilian von Habsburg (1832-1867) als Kaiser (1864-67) ein.

Die Nordamerikaner vereitelten jedoch Napoleons Plan und setzten schließlich bis 1867 den französischen Abzug durch (Verstoß gegen die sog. "Monroe-Doktrin").

Im Jahre 1867 erwarb die US-Regierung Alaska von Rußland.

US-Truppen besetzten im Jahre 1867 die Midway-Inseln im Pazifik.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den US-Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts (x068/152): >>... Schon im Sommer 1867 aber hatten die USA die Midway-Inseln im Pazifik besetzt.

Ein Jahrzehnt später greift man vorsichtig nach Samoa aus, wo man vor allem den deutschen Einfluß zurückzudrängen sucht. Man schließt 1878 mit Samoa einen sogenannten Freundschafts- und Handelsvertrag und richtet Pago Pago Harbor als Kohlestation für die US-Marine ein.

Bald gibt es Spannungen zwischen Deutschland, England und den USA. Kriegsschiffe laufen nach Apia Harbor aus.

Doch wird die sich zuspitzende Samoa-Krise 1889 durch einen schönen, leider viel zu seltenen Zufall bereinigt: am 16. März zerstört die sich gegenseitig belauernden Kriegsschiffe der drei Nationen ein Hurrikan.

Allmählich dringen amerikanische Farmer nach Hawaii vor. 1887 erhalten die USA das ausschließliche Recht auf einen Marinestützpunkt in Pearl Harbor. 1894 erkennen sie die Republik von Hawaii an. 1898 annektieren sie Hawaii: der Kongreß akzeptiert die Annexion in einer gemeinsamen Resolution.

Und kaum hatten die Yankees damals den Indianern in Oklahoma ihre letzten Domänen weggenommen, hielt es sie schon nicht mehr innerhalb der Grenzen des bisher Geraubten.

Sie konnten sich nun auf Raub und Krieg außerhalb des Geraubten konzentrieren und so drängten sie darüber hinaus, griffen sie überall dort ein, wo die eigenen wirtschaftlichen Interessen bedroht beziehungsweise ausbaufähig schienen. Und die strategischen Interessen kamen hinzu.

Der Krieg, den sie noch im selben Jahr begannen - ein "herrlicher kleiner Krieg", so Außenminister John Hay -, war ihr erster Schritt zur Weltmacht, zur größten Weltmacht der Geschichte. Für den doch recht geringen Preis von 2.446 Menschenleben, wobei die meisten durch Krankheit umkamen, raubten sie den Spaniern, was freilich diese schon geraubt:

Kuba, Puerto Rico und die Philippinen.<<

Kaiser Napoleon III. wurde durch die USA zum Rückzug gezwungen. Frankreich ließ 1867 die französischen Truppen abziehen. Kaiser Maximilian von Habsburg (1832-1867, seit 1864

Kaiser) weigerte sich jedoch, Mexiko zu verlassen. Er wurde danach von den Republikanern gestürzt und 1867 standrechtlich erschossen.

Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident) lobte im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas.<<

Der nordamerikanische Militärschriftsteller Alfred T. Mahan schrieb im Jahre 1893 über die künftigen US-Expansionsziele (x239/188): >>Die Hawaii-Inseln sind von größter Bedeutung für die handelspolitische und militärische Kontrolle des Pazifik, ... in dem die Vereinigten Staaten, geographisch gesehen, das größte Recht auf die politische Vorherrschaft besitzen. ... Die Annexion wäre eine Erstlingsfrucht und ein Unterpand dafür, daß die Nation bei ihrem jetzigen Entwicklungsstand zu der Einsicht gelangt ist, es sei nunmehr notwendig, ihre Lebensweise ... hinauszutragen über die Grenzen, die ihren Aktivitäten bislang genügt haben. ... Die vergleichende Religionswissenschaft lehrt uns, daß jene Religionen, die auf missionarische Aktivitäten verzichten, zum Untergang verurteilt sind.

Ist es mit Völkern nicht ebenso? ...<<

In den spanischen Kolonien Kuba und Philippinen brachen im Jahre 1895 wieder Aufstände gegen die spanischen Besatzungstruppen aus. Die Aufstände wurden von den USA unterstützt (x142/353).

Die spanische Regierung erhob den Erhalt der Kolonien zur nationalen Frage und schickte bis 1898 Tausende von Soldaten nach Übersee, um die Unabhängigkeitsbewegungen zu zerschlagen. Die erbitterten Kämpfe und das tropische Klima verursachten hohe Verluste unter der einheimischen Bevölkerung und den spanischen Besatzungstruppen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Aktivitäten im Jahre 1895 (x068/153-154): >>Als sich die Kubaner 1895 gegen Spanien erhoben, schürten gewisse US-Kreise die Revolution und finanzierten sie auch. Man zerstörte besonders Plantagen und Fabriken mit nordamerikanischen Teilhabern, um derart eine Einmischung der USA zu provozieren. Einflußreiche Yankees wollten einfach einen Krieg.

Der Senator Albert Beveridge aus Indiana verfocht jetzt nachdrücklich die Erschließung neuer Märkte und Kolonien für die USA, um deren industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsüberschuß absetzen zu können. Der Demokrat Thomas Pasckal aus Texas war 1895, inmitten der Wirtschaftskrise, überzeugt, daß ein Krieg "den anarchistischen, sozialistischen und populistischen Abszeß radikal ausmerzen würde, um unser Volk für zwei weitere Jahrhunderte vor einer Ansteckung zu bewahren".

Der vielleicht größte Scharfmacher aber ist Theodore Roosevelt. Als er 1895 zu ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen Venezuela und England über die Grenzen für Britisch-Guayana kommt, schreibt Roosevelt dem Senator Henry Cabot Lodge (der später energisch den Beitritt zum Völkerbund verhindert): "Persönlich hoffe ich, daß der Streit bald zum Ausbruch kommt. Das Geschrei des pazifistischen Clans hat mich davon überzeugt, daß das Land einen Krieg braucht." ...<<

William McKinley (1843-1901, ermordet) wurde im Jahre 1897 zum 25. Präsidenten der USA gewählt. US-Präsident McKinley begründete danach die imperialistische Weltmachtpolitik Nordamerikas.

Nach Erschließung des Kontinents strebte die neue Großmacht USA ab 1897 die systematische Ausweitung ihres politischen und wirtschaftlichen Machtbereiches an (x233/121): >>...

Ob wir wollen oder nicht, die Amerikaner müssen jetzt nach außen zu schauen beginnen.

Die wachsende Produktion des Landes fordert es. Die Stimmung der Öffentlichkeit fordert es

in steigendem Maß. Die Lage der USA zwischen 2 alten Welten und 2 großen Ozeanen erhebt denselben Anspruch. ...<<

Nach dem ungeklärten Untergang des US-Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna traten die Vereinigten Staaten von Amerika im April 1898 in den Krieg gegen Spanien ein.

US-Präsident William McKinley begründete am 11. April 1898 vor dem Kongreß den geplanten Krieg gegen Spanien (x056/135): >>Die Gründe für ein Eingreifen können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Im Namen der Menschlichkeit und um Grausamkeiten, Blutvergießen, Hungersnot und entsetzliche Leiden zu beenden. ...

2. Wir schulden unseren Bürgern in Kuba jenen Schutz und jene Sicherung ihres Lebens und Eigentums, die keine dortige Regierung gewähren kann oder will. ...

3. Die Einmischung wird gerechtfertigt durch den schweren Schaden, den unsere Geschäfte und Handelsbeziehungen durch die mutwillige Zerstörung von Eigentum und die Verwüstung der Insel erleiden.

4. Die gegenwärtige Lage in Kuba ist eine ständige Bedrohung unseres Friedens. ...

Ich fordere daher den Kongreß auf, dem Präsidenten die Vollmachten zu übertragen, die nötig sind, um eine endgültige Beendigung der Feindseligkeiten zwischen der spanischen Regierung und dem kubanischen Volk zu erreichen. ...<<

Der Krieg gegen Spanien (ab April 1898) und die Annexion der Hawaii-Inseln (8 größere und 23 kleinere Inseln mit dem späteren Flotten- und Flugstützpunkt Pearl Harbor) im Juli 1898 leiteten den US-Imperialismus in Übersee ein.

Mit dem Krieg gegen Spanien und der gewaltsamen Übernahme der Hawaii-Inseln begann im Jahre 1898 die sog. "US-Weltpolitik". In Mittel- und Südamerika beeinflusste Amerika anschließend außerdem große Gebiete durch riesige Kapitalinvestitionen ("US-Dollardiplomatie"). Die USA ließen die mittel- und südamerikanischen Länder zwar unabhängig, aber sie übten durch ihre Finanzkraft überall enormen Einfluß und Druck auf ihre hoffnungslos unterlegenen Nachbarn aus.

Der US-Senator Albert J. Beveridge berichtete im Jahre 1898 über die zukünftige Außenpolitik der USA (x237/211, x239/188):

>>Mitamerikaner!

Wir sind Gottes auserwähltes Volk. ... Es liegt an uns, der Welt ein Beispiel von Recht und Ehre zu geben. ...

Wir können uns nicht von irgendeinem Stück Land zurückziehen, wo die Vorsehung unser Banner entfaltet hat. An uns ist es, jenes Stück Land für die Freiheit und Zivilisation zu retten. ...<<

>>... Amerikanische Fabriken stellen mehr her, als für die Versorgung des amerikanischen Volkes notwendig ist. Die amerikanische Erde erzeugt mehr, als es verzehren kann. Das Schicksal hat uns unsere Politik vorgeschrieben: Der Handel der Welt muß und wird unser sein. Und wir werden ihn bekommen. ...

Wir werden in der ganzen Welt Handelsniederlassungen als Umschlagplätze für amerikanische Waren gründen. Unsere Handelsflotte wird bald über den ganzen Ozean fahren. Wir werden eine Kriegsmarine aufbauen, die unserer Größe entspricht. Aus unseren Handelsniederlassungen werden Kolonien erwachsen, die sich selbst regieren, unsere Flagge führen und mit uns Handel treiben.

Auf den Bahnen des Handels werden unsere Institutionen unserer Flagge folgen. Und das amerikanische Recht, die amerikanische Ordnung, die amerikanische Zivilisation und die amerikanische Flagge werden an bis dahin blutigen und unkultivierten Ufern Fuß fassen, Ufern, die durch diese Werkzeuge Gottes aber von nun an schöner und zivilisierter werden.

...<<

Der ehemalige US-Innenminister Carl Schurz kritisierte damals den nordamerikanischen Imperialismus (x239/188): >>Wir meinen, daß die Politik des Imperialismus die Freiheit bedroht und zum Militarismus führt, einem Übel, vor dem wir uns bisher in rühmlicher Weise freigehalten haben.

Wir bedauern, daß man im Lande Washingtons und Lincolns ausdrücklich darauf hinweisen muß, daß alle Menschen unabhängig von ihrer Rasse und Hautfarbe ein Recht auf Leben, Freiheit und persönliches Glück haben.

Wir behaupten, daß Regierungen ihre Macht nur aus der Zustimmung der Regierten ableiten können. Wir halten daran fest, daß die Unterwerfung irgendeines Volkes ein "verbrecherischer Angriff" ist und eine offene Mißachtung der entscheidenden Grundsätze unserer Verfassung.

Wir verurteilen daher nachdrücklich die Politik der Regierung gegenüber den Philippinen.
...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Krieg der USA gegen Spanien im Jahre 1898 (x068/154-156): >>... Am 15. Februar 1898 zerreißt das zum Schutz amerikanischer Bürger und Besitzungen nach Kuba kommandierte Linienschiff "Maine" im Hafen von La Habana (Havanna) eine Explosion. Sie wurde bis heute nicht geklärt.

Erwägt man jedoch, was die US-Führung durch den Angriff auf Pearl Harbor 1941 den Japanern bewußt geopfert hat, um einen eklatanten Kriegsgrund zu bekommen: 19 Schiffe, 150 Flugzeuge, 2.335 Soldaten und 68 Zivilisten, so ist dagegen der Verlust eines lächerlichen Linienschiffes und der Tod von 260 Seeleuten gewiß nichts, was die kriegslüsterne US-Clique nicht jederzeit gelassen hätte preisgeben können.

... Während der Kongreß im März 1898 fünfzig Millionen Dollar für neuerliche Aufrüstung bewilligt, bekunden die USA durch den Geschäftsträger in Madrid ihren Friedenswillen und erklären, keine territorialen Ziele in Kuba zu verfolgen. (Die ganze Aktion - erinnert sie nicht an das diplomatische Manöver vor dem Kuwait-Konflikt 1991, als man Saddam in die Falle lockte?)

Die spanische Regierung telegraphiert am 10. April ihr Einverständnis mit den amerikanischen Bedingungen nach Washington - und am nächsten Tag erbittet McKinley vom Kongreß eine "machtvolle Intervention" zur Wiederherstellung des Friedens in Kuba. Wenige Tage darauf wird der Präsident ermächtigt, die Armee einzusetzen, gleichzeitig geht ein Ultimatum an Spanien, die Blockade von Kuba wird eingeleitet, die Aufstellung einer Freiwilligen-Armee von 200.000 Mann, und noch im April befinden sich die USA im Krieg, den Spanien um einen hohen Preis gern vermieden hätte.

Theodore Roosevelt aber jubelt jetzt über die "Amerikanisierung der Welt", nennt sie "unser Schicksal" und prägt schließlich seine berühmte Maxime: "Sprecht sanft und tragt immer einen großen Knüppel bei euch, und ihr werdet es weit bringen" - Friedensnobelpreis 1906. (Gewiß nicht deshalb, Aber trotzdem!)

Die USA verfochten selbstredend die hehrsten Ziele im Krieg: sie wollten Kuba vom Kolonialismus, von der spanischen Despotie befreien. Nur ganz nebenbei wollten sie natürlich auch die sozialen Konflikte im eigenen Land dämpfen, wollten sie neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen, neue Plantagen, mehr Einfluß in der Karibik, im Pazifik, überhaupt etwas mehr Macht in der Weltpolitik.

Und alles bekamen sie. Und fast kinderleicht. Ihre Führung warf mehr als 274.000 Mann ins Treffen und war besonders zur See, wo sich der Konflikt hauptsächlich abspielte, weit überlegen. Ihre Marine, die drittstärkste der Welt, galt als schlagkräftig, gut ausgebildet. Sie siegt in der Karibik sowie vor den Spanischen Philippinen im Pazifik. ...

Wieder einmal sind sie sichtlich von Gott gesegnet, der Krieg ist entschieden. Schon am 20. Juni hatte man Guam eingenommen. Am 7. Juli annektierte man Hawaii. Einige Wochen spä-

ter besetzt man Puerto Rica und Manila auf den Philippinen, die Spanien trotz allen Sträubens, im Frieden von Paris am 10. Dezember 1898 für 20 Millionen Dollar an die USA abtreten muß. Diese bekommen außerdem Puerto Rico, die Pazifikinsel Guam und eine Art Aufsichtsrecht über Kuba, auf das Spanien, das auch die Schulden von 400 Millionen Dollar übernehmen muß, alle Ansprüche verliert.<<

Der Krieg gegen die Militärmacht USA führte schließlich zwangsläufig zur militärischen Niederlage Spaniens ("El Desastre"). Nach der Vernichtung der spanischen Flotte mußten die Philippinen, Puerto Rico und Guam an die Vereinigten Staaten von Amerika abgetreten werden. Kuba wurde zum Protektorat (Schutzgebiet) erklärt und bis 1909 von US-Gouverneuren verwaltet. Der spanisch-amerikanische Krieg wurde durch den Frieden von Paris (1898/99) beendet.

Der Krieg mit den USA liquidierte schließlich die spanische Kolonialmacht und führte zur vollständigen Auflösung des spanischen Reiches in Übersee. Die verlorenen Kolonien und die Niederlage im spanisch-amerikanischen Krieg verletzten nicht nur den ausgeprägten Nationalstolz der Spanier, sondern sie belasteten auch nachhaltig die spanische Innenpolitik. Die Spannungen innerhalb der spanischen Bevölkerung verschärfen sich und das Ansehen der Regierung ging weitgehend verloren.

Die "Liga der Anti-Imperialisten" protestierte im Jahre 1899 gegen die "US-Weltpolitik" (x056/135): >>Die Politik, die man Imperialismus nennt, ist der Freiheit feindlich und führt zum Militarismus, einem Übel, von dem frei zu sein bisher unser Stolz war. Wir bedauern, daß es im Lande Washingtons und Lincolns nötig geworden ist zu betonen, daß alle Menschen ohne Rücksicht auf Rasse oder Hautfarbe ein Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück haben. ...

Wir bestehen darauf, daß jede Unterjochung eines Volkes "verbrecherische Aggression" ist. ...

Wir verurteilen die Politik der gegenwärtigen Regierung auf das schärfste. ...

Wir werden die Wiederwahl eines jeden zu verhindern suchen, der im Weißen Haus oder im Kongreß die amerikanische Freiheit durch Verfolgung unamerikanischer Ziele verrät. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die nordamerikanische Ausdehnungspolitik (x057/179-180): >>Schon nach dem Sezessionskrieg (1861-65) begann ein neuer Abschnitt der amerikanischen Ausdehnung (Kauf Alaskas vom Rußland 1867). Gegen Ende des Jahrhunderts erwachte die Machtpolitik von neuem.

Die Monroelehre (1823) wurde durch den Panamerikanismus ersetzt (seit 1889), der den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß aller amerikanischen Staaten unter Führung der Vereinigten Staaten erstrebte. Die Hauptziele der nächsten Jahre waren die Herrschaft über den Golf von Mexiko und den Stillen Ozean. Durch die Eroberung Kubas und Puerto Ricos sicherten sich die Vereinigten Staaten die Verbindung mit Südamerika. Mit dem Erwerb der Hawaii-Inseln erlangten sie einen wichtigen Stützpunkt im Stillen Ozean und mit den Philippinen (1898) großen Einfluß in Ostasien. Dadurch war der Gegensatz zu Japan gegeben.

Um ihre außenpolitische Stellung zu verstärken, bauten die Amerikaner eine große Kriegsflotte und den Panamakanal (1914 fertig), die kürzeste Verbindung zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean. Um den Kanal ganz in seine Hand zu bekommen, veranlaßte Amerika die Loslösung der Republik Panama (1903) von Kolumbien und gewann auch in den übrigen mittelamerikanischen Republiken Einfluß (besonders in Nicaragua).

So suchten die Vereinigten Staaten nicht nur den Raum des amerikanischen Festlandes politisch und wirtschaftlich zu beherrschen, sondern sie traten zugleich in die Weltpolitik ein, wodurch die Union immer mehr in die außeramerikanischen Verwicklungen hineingezogen wurde.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die damalige nordamerikanische Wirtschaftskraft (x281/52-53): >>Die Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten von

Amerika wuchs in den Jahren 1870 bis 1880 je Einwohner um 2,7 Prozent. Die Briten schafften nicht mal das halbe Tempo. Und so ging es weiter bis zum Kriegsbeginn: plus 1,5 Prozent Wachstum je Einwohner in den USA über 30 lange Jahre, in denen Großbritannien nur noch zwei Drittel davon schaffte. Der relative Abstieg des Empires hatte begonnen.

Die Vereinigten Staaten überrundeten schließlich ihr wichtigstes Herkunftsland auch absolut. eine neue Supermacht zeigte sich der Welt, wenn auch am Ende des 19. Jahrhunderts erst schemenhaft. ...<<

Der deutsche Historiker Prof. Klaus Schwabe berichtete später über die Außenpolitik der USA (x041/178): >>... Rein äußerlich gehörte es seit dem spanisch-amerikanischen Krieg (1898) in den Kreis der Imperialmächte - als Erbe des spanischen Kolonialreiches. ...

Als ehemalige Kolonie traditionell anti-imperialistisch und unter den Kolonialmächten ohnehin Nachzügler, strebten die USA kein formelles Kolonialreich an, sondern ein Informal Empire, eine Einflußzone, in der die "Offene Tür", d.h. das Prinzip des Freihandels gelten sollte, wie der Außenminister John Hay, im Interesse des amerikanischen Exports, in mehreren Notizen 1899/1900 für China forderte.

Obwohl als Handelsweltmacht somit weltweit engagiert, waren die Vereinigten Staaten eine Weltmacht eigener Art. Sie verfügten schon vor 1900 über die drittstärkste Flotte der Welt und beanspruchten für sich die Rolle einer Ordnungsmacht in Lateinamerika (Roosevelt-Corollary vom 6. Dezember 1904 zur Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823). Doch anders als die übrigen Großmächte gehörten sie keiner Bündniskombination an.

Die von George Washington zuerst ausgesprochene Warnung vor "verstrickenden Bündnissen", die Grundmaxime des amerikanischen Isolationismus, galt noch unangefochten, wenn die USA auch, wie z.B. im Russisch-Japanischen Krieg (1904/05) oder in der ersten Marokkokrise (1905), als Vermittler zwischen den übrigen Großmächten auftraten.

Doch entsprach das Gewicht der Vereinigten Staaten als Weltmacht noch nicht deren schon damals überragendem Wirtschaftspotential; denn die finanziellen Druckmittel, welche die amerikanische "Dollardiplomatie" Lateinamerika gegenüber bereits erfolgreich einsetzte, konnten in Europa noch nicht wirken, weil Amerika nach wie vor als Schuldner bei den traditionellen Kapitalexporthändern (Frankreich, Großbritannien, auch das Deutsche Reich) erschien. ...<<

Kriegerische Auseinandersetzungen (Angriffskriege sowie Niederschlagungen von Unabhängigkeitsbewegungen und Volksaufständen) von 1800-1899:

Die Vereinigten Staaten von Amerika führten von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England (1812-14, wegen Kanada), Kriege gegen verschiedene nordamerikanische Stämme in Ohio, Georgia, Oklahoma, Colorado, Minnesota, Carolina, Florida, Oregon, New Mexiko, Arizona, Dakota (1812-1890), Mexiko (1845-48), US-Bürgerkrieg (1861-65), Spanien (1898), Hawaii (1898), Philippinen (1898-1902).

Nordamerika festigte nach dem Sieg über Spanien (1898) im Jahre 1900 seine herausragende Position als Industriemacht.

Die US-Außenpolitik des 20. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg

US-Senator Albert Beveridge erläuterte im Jahre 1900 die "rechtmäßige Annexion" der Philippinen (x056/135): >>Die Philippinen sind unser auf ewig, sie sind "den Vereinigten Staaten zugehöriges Territorium", wie unsere Verfassung dies nennt. Und gleich jenseits der Philippinen sind Chinas unbegrenzte Märkte. Keines von beiden werden wir aufgeben. ...

Selbstbestimmung und innere Entwicklung haben das erste Jahrhundert unserer Geschichte geprägt; Verwaltung und Entwicklung fremder Länder werden unsere vorherrschenden Aufgaben im zweiten Jahrhundert sein. ...

Von allen Völkern des Menschengeschlechts hat Gott das amerikanische Volk dazu auser-

wählt, letztendlich die Führung zu übernehmen, bei der Erneuerung der Welt. ...<<

Der nordamerikanische Außenminister John Hay (1838-1905) erteilte der Auslandvertretung am 3. Juli 1900 folgende Weisung (x239/195): >>Bisher war es immer die Absicht des amerikanischen Präsidenten, mit den anderen Mächten gemeinsam zu handeln, um

1. mit Peking Verbindung aufrechtzuerhalten und die amerikanischen Beamten, Missionare und andere gefährdete Missionare zu schützen,

2. überall in China Amerikanern und ihrem Eigentum jeden möglichen Schutz zu gewähren,

...

3. die Ausbreitung der Unruhen in andere Provinzen des Reiches und ihre Wiederholung zu verhindern.

Noch ist es natürlich zu früh, die Mittel, die das letztgenannte Ziel erreichen könnten, zu benennen; aber die Politik der amerikanischen Regierung ist es, eine Lösung zu suchen, die China Sicherheit und einen dauerhaften Frieden bringt, die Chinas politische Einheit erhält, alle durch Verträge und vom Völkerrecht garantierten Rechte friedlicher Mächte schützt und allen Staaten der Welt das Prinzip gleichberechtigten Handelns in allen Teilen des chinesischen Reiches offenhält. ...<<

US-Präsident McKinley (seit 1897 Präsident, begründete die imperialistische Weltmachtspolitik Nordamerikas) wurde im Jahre 1901 durch einen Anarchisten ermordet.

McKinleys Nachfolger, Vize-Präsident Theodore Roosevelt (1858-1919, US-Präsident von 1901-1909), setzte die US-Weltmachtpolitik konsequent fort.



Abb. 48 (x239/189): "Der Schutzmann der Welt" - amerikanische Karikatur auf Theodore Roosevelts "Politik des großen Knüppels", 1905.

Kuba (von 1511 bis 1898 spanische Kolonie) gründete im Jahre 1902 eine Republik.

Die Karibikinsel wurde anschließend weiterhin wirtschaftlich von den Vereinigten Staaten dominiert und mußte den Nordamerikanern in seiner Verfassung ein Interventionsrecht im Fall von innenpolitischen Fehlentwicklungen sowie die Nutzung von Flottenstützpunkten einräumen.

Im Jahre 1903 wurde die Landenge von Panama (bis 1903 eine Provinz Kolumbiens) zum Bau des Panamakanals annektiert. Panama blieb danach bis zur Eröffnung des Panamakanals im

Jahre 1914 ein Protektorat der USA.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den "Panama-Konflikt" (x068/167-169): >>... Kolumbien, dem das Panama-Gebiet gehörte (Panama war eine kolumbianische Provinz), wollte natürlich nicht auf seine Hoheitsrechte verzichten. Zwar trat es am 22. Januar 1903 im Hay-Herrán-Vertrag der nordamerikanischen Kanalbaugesellschaft Land ab. Doch der kolumbianische Kongreß, der hier eine Einmischung der USA in innere Verhältnisse konstatiert, verweigert die Ratifikation des Vertrages, worauf die Vereinigten Staaten den Abfall der Provinz Panama von Kolumbien betreiben. Präsident Roosevelt nennt den Parlamentsbeschluß von Bogota eine Beleidigung und die Abgeordneten "gierig und korrupt" - genau das, was er selbst war.

Er schickte am 2. November 1903 - seine berüchtigte "big stick-Methode" - Kriegsschiffe nach Panama, um das Recht "der freien und ungehinderten Durchfahrt" durch den Isthmus zu erzwingen. Am 3. November wird ein Aufstand in Panama City mit Roosevelts stillschweigendem Einverständnis und der Hilfe der New Panama Company inszeniert, die Verlegung kolumbianischer Truppen nach Panama City durch die US-Flotte verhindert, der Feuerwehrverein von Panama zu einer "Armee" gemacht.

Am 4. November erklärt sich die Provinz von Panama als unabhängig von Kolumbien, am 6. November erkennen die USA die Republik von Panama an, am 18. November pachten sie einen 16 km Streifen Land durch den Isthmus für immer und garantieren sowohl die Unabhängigkeit Panamas wie die Neutralität der Kanalzone, die jedoch Hoheitsgebiet der USA ist. Präsident Roosevelt aber, der Panama dem kolumbianischen Staat entriß, bestreitet später jede Beteiligung an diesem Streich. Eiskalt lügt er am 4. Januar 1904: "Kein einziges Mitglied, kein einziger Mitarbeiter hat im geringsten dazu beigetragen, die Revolution vorzubereiten, auszulösen oder zu unterstützen."

Dabei wirft sein eigener Kongreß ihm später "eigenmächtiges Vorgehen" vor. Doch zynisch erklärt er (freilich schreibt man inzwischen 1911): "Wenn ich mich an die traditionelle und übliche Methode gehalten hätte, so hätte ich dem Kongreß einen an die 200 Seiten langen, äußerst würdigen Bericht unterbreiten müssen, und die Debatten hätten kein Ende gefunden. So aber habe ich die Kanalzone erobert und den Kongreß debattieren lassen, und während die Debatte sich entwickelte, ging es mit dem Kanal voran. ..."

In den zwei Jahrzehnten von 1898 bis 1918 machten die USA aus dem Westindischen ein "amerikanisches Meer". Sie unterhielten an den strategischen Punkten Marinebasen, um den Panamakanal zu sichern. Sie hatten Kuba, Haiti, die Dominikanische Republik und Nicaragua zu Protektoraten gemacht, nicht de jure zwar, doch de facto; hatten Puerto Rico geraubt und die Jungferninseln gekauft.

Und der gerade so "idealistisch" gesinnte Wilson, der doch Dollardiplomatie und militärische Interventionen verdammt, bahnt nicht nur eine neue Art der Einmischung an, indem er durch Verweigerung der diplomatischen Anerkennung eines Regimes bewußt dessen oppositionellen Kräfte ermutigt, sondern er befiehlt auch selbst blutige Interventionen; auf Kuba, Haiti, in der Dominikanischen Republik und - die weitaus schrecklichste, folgenreichste - in Europa durch die Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917.

Friedensnobelpreis 1920!

Gerade weil Europa seit vielen Jahren auf das bis dahin blutigste Inferno der Geschichte zugezogen und dann darin versunken war, konnten die USA um so ungenierter in Lateinamerika operieren. Gleichzeitig verfolgten sie natürlich auch das ungeheure Schlachten jenseits des Atlantiks das sie selber bald als Kampf für Demokratie und dauerhaften Frieden propagieren sollten, während es ihnen im Grunde um wenig mehr ging als um ein einzigartiges Geschäft.<<

US-Präsident Theodore Roosevelt rechtfertigt im Jahre 1904 die nordamerikanischen Inter-

ventionen in Lateinamerika (x058/274): >>... Es ist nicht wahr, daß die Vereinigten Staaten einen Landhunger empfinden oder Projekte gegen andere Nationen der westlichen Hemisphäre unterhalten mit Ausnahme derer, die ihrer Wohlfahrt dienen. Als einziges wünscht dieses Land die Nachbarländer stabil, in Ordnung und blühend zu sehen.

Jedes Land, dessen Volk sich gut benimmt, kann mit unserer herzlichen Freundschaft rechnen. Wenn eine Nation beweist, daß sie weiß, wie man mit vernünftiger Tüchtigkeit und Anstand politische und soziale Angelegenheiten anpackt, wenn sie Ordnung hält und ihre Schulden bezahlt, braucht sie kein Eingreifen der Vereinigten Staaten zu befürchten.

Chronisches Fehlverhalten oder Unfähigkeit, die auf eine allgemeine Lösung der Bindungen zivilisierter Gesellschaften hinausläuft, kann in Amerika wie überall letztlich die Intervention einer zivilisierten Nation erfordern.

In der westlichen Hemisphäre kann die Bindung der Vereinigten Staaten an die Monroe-Doktrin die USA, obgleich zögernd, zwingen, in abscheulichen Fällen von Fehlverhalten oder Unfähigkeit eine internationale Polizeimacht auszuüben. ...<<

Die Kubaner führten im Jahre 1906 Aufstände gegen die US-Besatzungstruppen durch.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Aufstände gegen die US-Besatzungstruppen im Jahre 1906 (x068/163-164): >>... Kuba hatten die USA zunächst ihrer Militärverwaltung unterstellt, dann seine Souveränität 1901 durch einen Verfassungszusatz, das Platt Amendment, eingeschränkt (nach dem Senator O. H. Platt, Connecticut). Es sicherte ihnen ein - auch oft angewandtes - Interventionsrecht. Im Grunde betrachteten sie Kuba als ihr Land. Manche erklärten es als absurd, darüber auch nur zu diskutieren.

Einst hatte US-Außenminister William Seward dies so erhartet: "Jeder Stein und jedes Sandkorn auf dieser Insel kommt aus der amerikanischen Erde und wurde aus dem Mississippi und den anderen Strömen, die in den Golf von Mexiko fließen, hinausgespült." 1902 ziehen sie sich zwar aus Kuba zurück. Doch 1906 eilt Kriegsminister Taft mit Truppen schon wieder hin, um Aufstände niederzuschlagen. Man bleibt bis 1909. Dann interveniert man militärisch noch 1912 und 1917-1919.

Bald besaßen Nordamerikaner in Kuba nicht nur Ölraffinerien und Zuckerplantagen. Auch die gesamte Energieproduktion befand sich in ihren Händen, der Telefon- und Telegrafendienst, fast alle Bergwerke sowie 80 % sämtlicher Straßenbahnen.

Doch selbst die Firmennamen waren spanisch. Man herrschte, ohne es zu signalisieren, ohne Flagge, ohne US-Verwaltung, man herrschte durch das Geld. Man trieb Geschäftspolitik, wobei, wie wohl überall auf Erden, die einheimische Geschäftswelt mit der fremden zusammenarbeitete gegen das eigene Volk.

Diese Politik suchte besonders Präsident William Howard Taft (1909-1913) zu fördern, der als Kriegsminister die militärische Okkupation Kubas (1906-1909) organisiert hatte. Als Nachfolger Roosevelts wollte Taft dessen "big stick policy", die "Politik des großen Knüppels", durch die "dollar diplomacy" ablösen. "Unsere Politik möchte Granaten durch Dollars ersetzen", erklärte er 1912. In Wirklichkeit setzte er Granaten und Dollars zugleich ein.<<

Im Oktober 1907 wurde die Börse in New York durch den Zusammenbruch der Kupferkurse erschüttert. Zahlreiche US-Banken gerieten in Zahlungsschwierigkeiten.

Die Vereinigten Staaten waren damals noch finanziell von Europa abhängig, denn sie hatten hohe Auslandsschulden. Die französischen Banken, die in jener Zeit über sehr viel Kapital verfügten, liehen den US-Banken sofort 16 Millionen Dollar (x069/76).

Präsident Santos Zelaya (1853-1919) wurde im Jahre 1909 in Nicaragua mit Unterstützung von US-Truppen gestürzt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den US-Imperialismus in Lateinamerika (x068/164-165): >>... Dies zeigte sich etwa in

Nicaragua, wo US-Truppen 1909 die innenpolitischen Querelen zwischen Konservativen und Liberalen entschieden.

Präsident Zelaya hatte damals ein Darlehen der USA über 15 Millionen Dollar ausgeschlagen. Denn dafür forderten sie das alleinige Recht auf den eventuellen Bau eines rund 300 km langen transozeanischen Kanals sowie die Kontrolle über Finanzen und Zoll Nicaraguas, eines zwar kleinen Staates, dessen Goldminen und Plantagen sie aber ebenfalls interessierten.

Kaum hatte Präsident Zelaya seine Entscheidung bekannt gegeben, brach ein Aufstand gegen ihn aus, angeführt von dem früheren Buchhalter einer Pittsburger Handelsfirma, Adolfo Diaz, unterstützt von einem amerikanischen Kreuzer und dessen an Land stürmenden "marines". Zelaya wurde noch 1909 gestürzt, der einstige Buchhalter Präsident, und natürlich erwies er sich den USA in allem gefügig. Getreu ihrer Dollardiplomatie begannen sie, Geld in das Land zu pumpen, sie kontrollierten schließlich den Zoll und übten praktisch das Protektorat aus.

Zum Schutz ihrer Ausbeutung landen am 14. August 1912 erneut US-Truppen in Nicaragua. Ein Aufstand gegen die Marionette Diaz wird bald darauf von Marinesoldaten niedergeschlagen, und bis 1925 hält man Nicaragua noch besetzt, nicht um es zu beschützen - vor wem auch -, sondern um es zu schröpfen. Zwei US-Banken arbeiten mit der US-Regierung zusammen, die Brown Brothers & Co. und die J. & W. Seligman & Co.

Dazu kommt die Zollhoheit sowie die Errichtung eines Marinestützpunkts und die Ermächtigung zu dem strategisch wichtigen Kanalbau. Nicaragua ist zwar staatlich souverän, aber wirtschaftlich fast völlig gebunden - ein "Neokolonialismus" raffinierter Form, eine US-Erfindung, und eine weitere Bastion des US-Imperialismus.

Bis 1925 wird Nicaragua finanziell und militärisch durch Nordamerika beherrscht. Und als es bald darauf zu einer liberalen Erhebung unter dem General Augustino Sandino kommt, besetzen die USA abermals das Land. Präsident Coolidge schickt das Marine-Corps und behauptet in bewährter Yankee-Heuchelei: "Wir führen ebenso wenig Krieg mit Nicaragua wie ein policeman mit den Passanten auf der Straße." Die neuerliche Einmischung provoziert den erbitterten Guerillakrieg Sandinos, den man 1934 ermordet.

Drei Jahre später gerät Nicaragua mit US-Hilfe unter die Diktatur des superkorrupten Anastasio Somoza Garcia, nicht nur nach Rolf Winter "der gnadenloseste Despot, der je in Mittelamerika ein hohes Amt besaß". Und auf diesen Mann und seine Brut konnten sich die USA verlassen. Bis 1979 terrorisierte der sich schamlos bereichernde Familienclan der Somoza Nicaragua über fast 40.000 Tote hinweg.<<

New Mexiko und Arizona wurden im Jahre 1912 US-Bundesstaaten.

US-Präsident William Taft (1857-1930, von 1909-1913 Präsident der USA) erläuterte im Jahre 1912 die "Dollardiplomatie" der Vereinigten Staaten (x056/136): >>Erstens ist es offensichtlich, daß die Monroe-Doktrin in der Nachbarschaft des Panamakanals und im Gebiet der Karibischen See lebenswichtiger ist als irgendwo sonst ...

Es ist daher notwendig, daß die Länder in diesem Gebiet der Gefahr entzogen werden, die durch hohe Auslandsschulden und chaotische Staatsfinanzen entsteht und ständig die Möglichkeit internationaler Verwicklungen aufgrund der inneren Unordnung in sich birgt. Deshalb haben die Vereinigten Staaten mit Freude die amerikanischen Bankiers ermutigt und unterstützt, die bereit waren, jenen Ländern bei der Sanierung ihrer Finanzen hilfreich beizustehen ... Hierdurch ist mit einem Schlag die Bedrohung durch ausländische Gläubiger und durch revolutionäre Wirren beseitigt worden.

Der zweite Vorteil für die Vereinigten Staaten betrifft vor allem die Häfen am Golf und die Wirtschaft der Südstaaten. Die Republiken Mittelamerikas und der Karibischen See besitzen große natürliche Reichtümer. Sie benötigen lediglich ein gewisses Maß an Stabilität und die Mittel zur finanziellen Gesundung, um einer Zeit des Friedens und Wohlstands entgegenzusehen, die ihnen Gewinn und Glück bringt und gleichzeitig Bedingungen schafft, die mit Si-

cherheit einen blühenden Handel mit uns entstehen lassen.<<

Gründung des Federal Reserve Systems

Am 23. Dezember 1913 setzte US-Präsident Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 28. US-amerikanischer Präsident) das Federal Reserve System (Fed, privates Notenbanksystem der USA) in Kraft. Der Freimaurer Thomas Woodrow Wilson leitete damit die ersten wesentlichen Schritte zur Durchsetzung der "Neuen Weltordnung" ein.

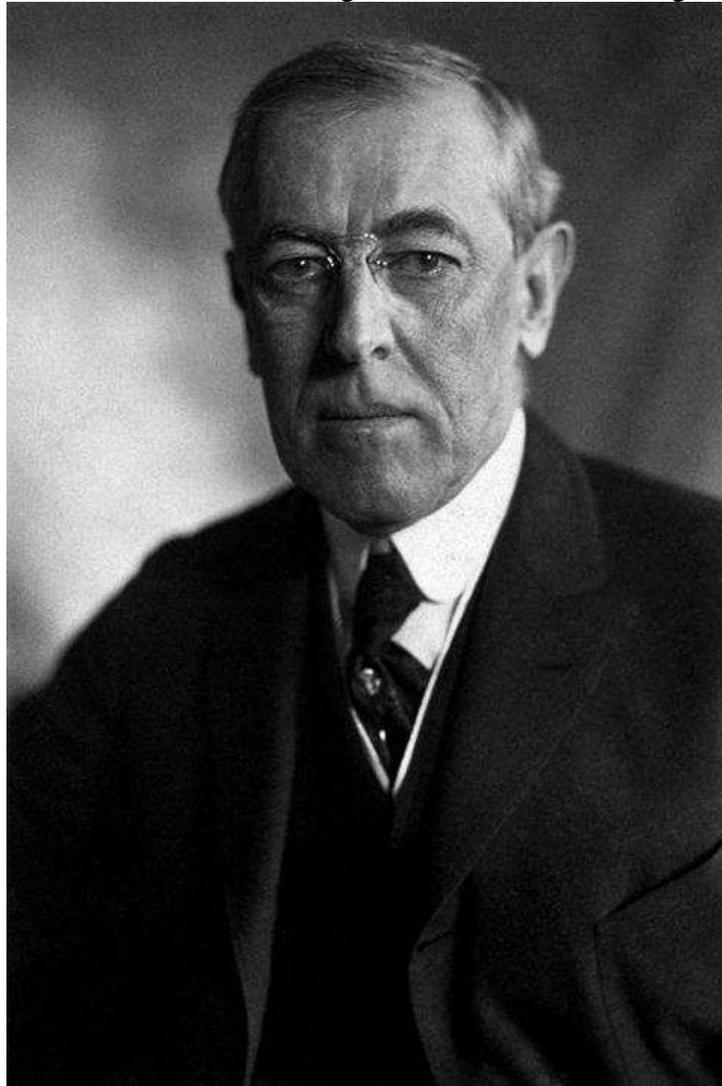


Abb. 51 (x132/1.371): Woodrow Wilson, der 28. Präsident der Vereinigten Staaten.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete später (am 21. Dezember 2013): >>100 Jahre Notenbank

Mit der Finanzkrise kippte das Image der Fed

Seit der nebulösen Gründung der Fed vor 100 Jahren ranken sich um die US-Notenbank wilde Verschwörungstheorien. Kritiker halten sie für einen Handlanger der Wall Street. Und sie tut nur wenig dagegen.

Die Geschichte der mächtigsten Notenbank der Welt beginnt mit einer Geheimmission. In einer Novembernacht im Jahr 1910 treffen sich acht Männer auf einem verlassenem Bahnsteig der Kleinstadt Hoboken, wenige Kilometer von Manhattan entfernt. Einer von ihnen, Senator Nelson Aldrich, hat die Gruppe auf große Vorsicht eingeschworen: Redet mit niemandem auf dem Weg, schüttelt die Reporter ab, und sagt euren Familien, ihr fahrt auf Entenjagd!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit gelangen die Männer an den Bahnsteig und besteigen den

privaten Eisenbahnwagen von Aldrich. In der Dunkelheit der Nacht tritt der Zug seine Reise an, 1.300 Kilometer nach Süden bis in die Küstenstadt Brunswick im US-Bundesstaat Georgia. Von dort setzen die Männer mit einem Schiff nach Jekyll Island über.

Auf der kleinen Insel liegt der exklusive Jekyll Island Club, in dem sich sonst die reichsten Menschen der Welt zum Jagen, Golfen und Reiten treffen. Die nächsten zehn Tage aber gehört die Insel ganz den acht Männern, die sich nur mit ihren Vornamen ansprechen werden. Die Bediensteten sollen keinen Hinweis bekommen, wer dort von morgens bis abends im Salon tagt.

Gemeinsam entwerfen sie die Blaupause einer bundesweiten Notenbank für die USA. Es soll zwar noch drei Jahre dauern, aber dann wird der Plan dank Aldrichs emsigem Strippenziehen mit geringen Änderungen vom Kongreß verabschiedet. Am 23. Dezember 1913 setzt US-Präsidenten Woodrow Wilson den Federal Reserve Act offiziell in Kraft.

Notenbank ist nicht an Transparenz gelegen

Gegner der Federal Reserve (Fed) reiben sich bis heute an der nebulösen Gründung und der intransparenten Struktur der Zentralbank auf. Wie kann eine der wichtigsten Institutionen der Neuzeit auf einem Geheimplan fußen statt auf einem demokratischen Prozeß? Und sind nicht die Gründerväter Beweis genug, daß die Fed niemals dem Volk der USA, sondern nur der Wall Street dienen sollte?

Heute sind diese Fragen wieder aktueller denn je. Die Fed hat in den vergangenen 100 Jahren wenig dafür getan, ihr Image zu verbessern. Gerade in der Finanzkrise bewies die Notenbank erneut, daß ihr keineswegs an Transparenz gelegen ist. Stoisch weigerte sich der amtierende Fed-Chef Ben Bernanke, Details zu den Rettungspaketen für die Finanzbranche zu veröffentlichen. Und auch Bernankes expansive Geldpolitik hilft der Wall Street mehr als den Steuerzahlern.

Die Steuerzahler hatten die Männer 1910 vermutlich auch nicht im Blick, als sie zu ihrer nächtlichen Zugfahrt aufbrachen. Erst viele Jahre nach dem Geheimgespräch sollte die Öffentlichkeit über die Details der Konferenz auf Jekyll Island unterrichtet werden. Heute weiß man, wer zusammen mit Senator Aldrich die Operation Entenjagd durchzog:

Es waren Arthur Shelton, Aldrichs persönlicher Sekretär, A. Piatt Andrew, Staatssekretär im Finanzministerium, Frank A. Vanderlip, Chef der National City Bank of New York - heute bekannt als Citibank -, Benjamin Strong und Henry P. Davidson, beides enge Vertraute des Bankermoguls J. P. Morgan, Charles D. Norton, Chef der ebenfalls von J. P. Morgan dominierten First National Bank, sowie Paul M. Warburg vom einflußreichen deutschen Bankhaus M. M. Warburg & Co., der durch Heirat gleichzeitig mit dem New Yorker Investmenthaus Kuhn, Loeb & Co. verbandelt war.

Senator Aldrich fungierte als Vorsitzender der Kongreß-Kommission zur Reform des amerikanischen Währungssystems. Gleichzeitig war auch er eng mit der Hochfinanz verbunden. Seine Tochter hatte er mit John D. Rockefeller Jr. verheiratet, dem einzigen Sohn des seinerzeit reichsten Mannes der Welt.

Gemeinsam repräsentierten die acht Männer auf Jekyll Island ein Viertel des weltweiten Reichtums. Der Vorwurf liegt also nah, daß sie nicht unbedingt das Allgemeinwohl im Auge hatten.

"Ich habe mein Land betrogen"

Die Abgeordneten des Kongresses hatten es aber durchaus im Sinn, als sie Aldrich 1908 als Kommissionspräsident für ein stabileres Währungssystem einsetzten. Ein Jahr zuvor hatte ein Börsencrash eine schwere Rezession ausgelöst. Viele Bankhäuser brachen zusammen, weil die USA nicht über eine Zentralbank verfügten, die die Institute hätte retten könnten. Statt dessen beauftragten die einzelnen Bundesstaaten unzählige private Banken damit, Geld zu drucken und in Umlauf zu bringen. In anderen Ländern wie dem Deutschen Reich oder

Großbritannien gab es bereits nationale Notenbanken, die als "Lender of Last Resort" in Extremsituationen mit Krediten einspringen konnten.

Weil im Kongreß keine Einigung zustande kam, brach Aldrich 1910 mit seinen sechs Komplizen zu der Geheimoperation auf. Um das Gesetz später im Parlament durchsetzen zu können, mußte Aldrich die Macht seiner reichen Verbündeten ausspielen. Der amtierende, republikanische Präsident William Howard Taft galt als Gegner des Aldrich-Plans. Mit tatkräftiger Unterstützung der Hochfinanz gewann schließlich der farblose Demokrat Woodrow Wilson die Präsidentschaftswahl im Jahr 1913.

Einen Tag vor Heiligabend, als die meisten Abgeordneten längst in den Weihnachtsferien weilten, unterschrieb Wilson den Federal Reserve Act. Überlieferungen zufolge hat er diese Entscheidung Zeit seines Lebens bereut. Auf dem Sterbebett soll er gesagt haben: "Ich habe mein Land betrogen." Das Schicksal der Nation liege fortan "in den Händen einiger weniger Männer". Damals konnte Wilson nicht wissen, daß die Fed in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur führenden Zentralbank des Globus aufsteigen sollte. Zwei Drittel aller Dollarscheine befinden sich heute im Ausland.

Gerade wegen ihrer dominanten Stellung erhitzt die ungewöhnliche Struktur der Fed bis heute die Gemüter der Verschwörungstheoretiker. Anders als die Europäische Zentralbank, die Bundesbank oder die Bank of England ist die Fed keine staatliche Institution.

Das Federal Reserve System besteht aus zwölf regionalen Zentralbanken, die privatwirtschaftlich geführt werden. Besitzer dieser Zentralbanken sind rund 3.000 private Mitgliedsbanken. Sie entscheiden auch, wer sechs der neun Sitze in den jeweiligen Führungsgremien der regionalen Fed-Banken besetzt. Der Einfluß der Finanzbranche auf die US-Zentralbank ist damit weltweit einzigartig. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 23. Dezember 2013): >>**Die Kreatur von Jekyll Island**

Bilderberger, Trilaterale Kommission oder die Group of Thirty - sie alle sind legendenumwoben, doch keine Institution ist zugleich so mächtig wie das hundertjährige Federal Reserve System (Fed) - die Notenbank der USA. ...

Geheimtreffen mit Großbankern

... Im November 1910 trafen sich im Jekyll Island Club Senator Aldrich (Schwiegervater von John Rockefeller jr.) und Vizefinanzminister Piatt Andrew mit fünf Großbankern: Henry Davison (JP Morgan), Charles Norton (First National Bank of New York, heute Citigroup), Benjamin Strong (Bankers Trust/JP Morgan), Frank Vanderlip (National City Bank/Rockefeller) und Paul Warburg (Kuhn, Loeb & Co., 1977 von Lehman Brothers übernommen).

Warburg, der in Hamburg geborene Sproß einer Bankendynastie, hatte bereits Jahre zuvor Pläne einer Zentralbank ausgearbeitet. ...

Rettungsanker für private Banken

Mit Wilsons Einzug ins Weiße Haus stand dem Fed-Gesetz nichts mehr entgegen. Ab 1914 entstand das System aus zwölf Regionalbanken und einem Fed-Verwaltungsrat (Board of Governors) mit sieben Mitgliedern. ...

Trotz des Staatseinflusses ist das Fed-System keine Staatsbank. Alle US-Banken, die national tätig sind, müssen sich laut Gesetz dem Fed-System anschließen. ...<<

Mayer Amschel Rothschild (1744-1812, deutscher Bankier, Gründer des Hauses Rothschild, unterstützte u.a. vor allem die Freimaurer und die Illuminaten) hatte bereits im Jahre 1790 die politische Macht des Geldes erkannt: >>Gebt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht.<<

Die US-Interessen während des Ersten Weltkrieges

Ein deutsches U-Boot versenkte am 7. Mai 1915 vor der Südküste Irlands den britischen Pas-

sagierdampfer Lusitania (Waffentransporter). 1.198 Menschen fanden den Tod (darunter waren auch 139 US-Bürger). Obgleich die deutsche Botschaft in einigen nordamerikanischen Zeitungen rechtzeitig vor einer Fahrt mit dem bewaffneten Waffentransporter gewarnt hatte, drohte Nordamerika den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen an (x041/66).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bildeten sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...

Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen - nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.

Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand (Friedensnobelpreis 1926) am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."

Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht.

Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.

Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.

Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität - aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Rolle der USA während des Ersten Weltkrieges (x283/202-203): >>... Schon die Versenkung der britischen Lusitania am 7. Mai 1915 - sie hatte Passagiere und, wie die seit 1986 einsehbaren Ladelisten bestätigen, Munition für England an Bord - durch ein deutsches U-Boot ließ die deutschfeindliche Stimmung hochkochen, die seit Kriegsbeginn in den Staaten vorherrschte.

Der Propaganda-Effekt der Lusitania-Episode war enorm. Der aus Kursänderungsbefehlen abgeleitete Verdacht, daß die britische Admiralität die Versenkung bewußt in Kauf genommen, vielleicht sogar provoziert hat, um Deutschland in der Welt anzuprangern, wird dadurch genährt, daß die Unterlagen im British Naval Intelligence Department noch immer geheimgehalten werden.

Danach drohte Präsident Wilson mit der Kriegserklärung, falls der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht eingestellt würde. Daraufhin gab Kanzler Bethmann-Hollweg im September 1915 nach. Aus Furcht vor Amerika wurde die Schlinge um den Hals der Briten gelockert.

Das aber scheint nach der Analyse von Robert O'Connell ein Fehler gewesen zu sein. Er hat 2001 gezeigt, daß die USA damals auf einen Kriegseintritt noch nicht vorbereitet waren, England hingegen, von der Zufuhr über See abgeschnitten, vor der Hungerkatastrophe stand. Bevor die USA wirksam hätten eingreifen können, wäre durch einen nachhaltigen Einsatz der Torpedowaffe London 1916 gezwungen gewesen, Frieden zu schließen, der dann auch den Eingriff Washingtons erübrigt hätte.

Die von O'Connell angenommenen innenpolitischen Voraussetzungen für einen maßvollen Verständigungsfrieden mit Deutschland auch durch Frankreich und Rußland - Rücktritt der Regierungen aufgrund von Unruhen im Lande - stehen auf schwachen Füßen, doch wenn wir die Annahmen akzeptieren, faszinieren die Folgen. Die Turbulenzen der anschließenden Jahrzehnte in Europa entfielen ...

Ohne die massive moralische, materielle und zuletzt auch militärische Unterstützung der Entente durch Washington wäre es vermutlich so wie mit den Russen im Osten bei Brest-Litowsk auch mit den Gegnern im Westen nach der Schlacht um Verdun zu einem Erschöpfungsfrieden gekommen.

Das im Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot von Bethmann-Hollweg wäre angenommen worden - so meinte jedenfalls später Churchill. Man hätte im wesentlichen die Vorkriegslage wiederhergestellt, aber einräumen müssen, daß die Kriegsoffer nichts gebracht haben. Die Verluste durch eine Fortsetzung des Krieges, Versailles und alle Folgen wären unterblieben. Dies erfordert allerdings die Zusatzannahme, daß jenes Patt die Entscheidung nicht einfach vertagt hätte, die 1914 gesucht worden war. Ein erneuter Ausbruch des Konfliktes wäre denkbar, so wie er 1939 ja tatsächlich stattgefunden hat.

Aber auch eine günstigere Folge jenes damals möglichen aber unterbliebenen Friedens kommt in Frage. Deutschland hätte eine konstitutionelle Monarchie bleiben können - allerdings mit der unter Max von Baden 1918 durch den Krieg bewirkten, im Frieden wohl verzögerten Parlamentarisierung. Die Aussichten der Donaumonarchie wären weniger günstig gewesen. sie hätte sich nach englischem Beispiel in ein Commonwealth verwandeln müssen. ...<<

Die US-Publikation "The Archives of Reason" wandte sich am 5. August 1915 an die nord-amerikanischen Kriegshetzer (x267/127): >>Mache einen schulterhohen Graben in deinem Garten, lasse ihn halb voll Wasser laufen und krieche hinein. Alsdann verharre darin zwei bis drei Tage ohne Nahrung. Dazu bestelle dir einen Geisteskranken, der aus geeigneter Entfernung mit Revolvern und Maschinengewehren auf dich schießt.

So hast du eine Veranstaltung, die dem Kriege völlig gleichkommt und deinem Lande sehr viel weniger kostet als die Wirklichkeit. ...<<

Ein US-Ausschuß berichtete im Jahre 1915 über die Vermögenskonzentration in den USA (x058/193-194): >>1. Die Verfügungsgewalt über Fabriken, die Bergbau- und Transportindustrie ist in wachsendem Ausmaß in die Hände großer Aktiengesellschaften in der Form des Kapitaleigentums gelangt. Die Verfügungsgewalt über Kredite ist bei einer kleinen Zahl enorm mächtiger Finanzinstitute zentralisiert. Diese Finanzinstitute wiederum werden von einer kleinen Zahl von Financiers beherrscht.

2. Die amerikanische Industrie wird letztlich von einer kleinen Zahl reicher und mächtiger Finanzleute kontrolliert.

3. Am größten ist die Konzentration von Eigentums- und Weisungsrechten bei den Grundindustrien, auf deren Produktion der Wohlstand des Landes letztlich beruhen muß. ...

6. Fast ohne Ausnahme sind die Beschäftigten der großen Aktiengesellschaften (gewerkschaftlich) nicht organisiert. Das ist das Ergebnis der aktiven und angriffslustigen Anti-Gewerkschaftspolitik des Managements dieser Aktiengesellschaften. ...

8. Das Leben von Millionen Lohnempfängern ist deshalb dem Diktat einer relativ kleinen Zahl von Männern unterworfen.

9. Diese Industriediktatoren sind in der Mehrzahl gänzlich ohne Kenntnisse über jeden einzelnen der Industriezweige, die sie kontrollieren, mit Ausnahme der Finanzen, und sind gänzlich uninteressiert an den Lebens- und Arbeitsbedingungen der in diesen Industriezweigen beschäftigten Menschen. Selbst wenn sie außergewöhnlich daran interessiert wären, blieben die Beschäftigten bloß Untertanen wohlwollender Industriedespoten.

10. Die Verbesserungen für Sicherheit und Hygiene ausgenommen, geben die Arbeitsbedingungen in diesen von Aktiengesellschaften kontrollierten Industrien Anlaß zu heftiger Kritik und bedrohen die Wohlfahrt der Nation.

11. Um den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verhindern, werden ausgeklügelte Spionagesysteme von den großen Aktiengesellschaften unterhalten. Sie lehnen es ab, mit den Gewerkschaften zu verhandeln; Beschäftigte, die im Verdacht stehen, Beziehungen zu Gewerkschaften zu unterhalten, werden entlassen.

12. Die Herrschaft der Männer, in deren Händen die entscheidende Kontrolle eines Großteils der amerikanischen Industrie liegt, ist nicht auf ihre Beschäftigten beschränkt, sondern weitet sich rasch zu einer Kontrolle des Bildungswesens und der "sozialen Einrichtungen" der Nation aus.

13. Diese Kontrolle erfolgt zum großen Teil über die Gründung enormer privat verwalteter Fonds mit unbestimmter Zielsetzung - im folgenden als "Stiftungen" bezeichnet - (ferner) über die Stiftung von Colleges und Universitäten, über Pensionskassen für Lehrer, über Spenden für private Wohltätigkeit als auch über die Kontrolle und Beeinflussung der öffentlichen Presse. ...

26. Im Juni dieses Jahres wurden zwei Professoren, die in ihrem Fach als Männer mit großer Begabung und vornehmem Charakter bekannt waren, aus ihren Stellungen entlassen. Ein triftiger Grund für diese Maßnahme wurde nicht bekanntgegeben. Beide waren Zeugen vor diesem Ausschuß und gaben Erklärungen ab, die auf ihrem eigenen Fachwissen und auf Erfahrungen beruhten und große Beachtung in der Öffentlichkeit fanden. ...<<

Präsident Wilson wurde am 7. November 1916 zum zweiten Mal gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Wiederwahl Wilsons (x068/176-177): >>... Am 7. November 1916 war Präsident Wilson - mit knapper Mehrheit - zum zweiten Mal gewählt worden. Und seinen Wahlkampf hatte er noch unter den drei P - Peace, Prosperity, Progress - ... führen lassen. Die Deutsch-Amerikaner haben damals Wilson nicht gewählt, weil sie seiner Außenpolitik mißtrauten. Sie hatten Recht. Doch die Gewerkschaften hatten ihn gewählt - aus purer Dankbarkeit: "Er hat uns beschützt, mich und die meinen." So kann man sich täuschen. Denn Wilson, noch heute jenseits wie diesseits des Ozeans als "Friedenspräsident" gefeiert, war längst zum Krieg entschlossen.

Noch am 18. Dezember aber hatte der Wiedergewählte - wo zahlt Lügen, Täuschen sich mehr aus als in der Politik, in Priester-, in Verbrecherkreisen?

Namens des neutralen Amerika in einer Friedensnote an die kriegsführenden Mächte dafür plädiert, nicht länger "Millionen und Millionen Menschen weiter aufzuopfern ..." Noch in diesem Jahr auch konnte Wilson sagen, er habe bis jetzt, wie erwartet, die Nation aus dem Krieg herausgehalten, "und ich schwöre, daß ich mit Gottes Hilfe bei dieser Politik bleiben werde - wenn es möglich ist!" Denn schon damals will Wilson nicht, "daß diese Fahne, die wir alle lieben, ungestraft besudelt werden kann."

Zwar ist die "Fahne", so gut wie überall auf Erden, den Herrschenden ganz scheißegal. Die "Fahne" steht, so gut wie überall, für Geld und Macht. Die USA aber befürchten jetzt bei einem russischen Zusammenbruch den Sieg der Mittelmächte - und hatten doch immense Summen in den Sieg der Alliierten investiert. ...<<

Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Frie-

densangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Gleichzeitig bat die deutsche Regierung den nordamerikanischen Präsidenten Thomas W. Wilson (1856-1924), einen allgemeinen Frieden zu vermitteln (x092/752): >>Der furchtbarste Krieg den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit 2 ½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. ...

Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. ...

Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und politischen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber auch von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. ...<<

US-Präsident Thomas W. Wilson forderte die kriegsführenden Staaten am 21. Dezember 1916 auf, ihre konkreten Friedensbedingungen zu nennen.

Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.

Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Arthur Zimmermann, schickte am 17. Januar 1917 ein geheimes Telegramm (falls die Vereinigten Staaten den Kriegseintritt erklären, sollen Bündnisverhandlungen mit Mexiko geführt werden) an den deutschen Botschafter in Washington. Dieses geheime Telegramm wurde durch den britischen Geheimdienst abgefangen, dechiffriert und später an den US-Botschafter in London übergeben.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die "Zimmermann-Note" (x068/182-183): >>... Viele Gründe mögen den Kriegseintritt der USA 1917 mitbestimmt haben, wirtschaftliche vor allem, machtpolitische, die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durch Deutschland, Wilsons Vorliebe für die Alliierten - darüber streitet man seit langem.

Eine Rolle - welchen Ausmaßes ist schwer zu sagen - spielte auch die berühmte "Zimmermann-Note". Es war dies ein Telegramm des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen, A. Zimmermann, am 17. Januar 1917 an den deutschen Botschafter in Washington, der es dem deutschen Botschafter in Mexiko weiterleiten sollte.

Sein Wortlaut: "Wir haben die Absicht, am 1. Februar den totalen U-Boot-Krieg zu eröffnen. Trotzdem werden wir versuchen, uns die Neutralität der Vereinigten Staaten zu erhalten. Sollte dies mißlingen, unterbreiten wir Mexiko einen Bündnisvorschlag auf folgender Grundlage: den Krieg zusammen zu führen, den Frieden zusammen zu schließen mit der Vereinbarung, daß Mexiko die verlorenen Gebiete Texas, Neumexiko und Arizona zurückerhalten muß. Die Regelung bleibt Ihnen überlassen.

Sie werden den Präsidenten von Mexiko streng geheim über alles informieren, sowie der Kriegseintritt der USA feststeht, und ihm außerdem nahelegen, von sich aus Japan aufzufordern, seine Zustimmung zu geben, wobei er seine Vermittlung zwischen Japan und uns anbieten soll.

Lenken Sie die Aufmerksamkeit des Präsidenten auf die Tatsache, daß der totale Einsatz unserer U-Boote jetzt die Möglichkeit bietet, England in einigen Monaten zum Frieden zu zwingen. Bestätigen Sie den Empfang."

Unmittelbar nach der deutschen Entscheidung für einen neuerlichen uneingeschränkten U-Bootkrieg und in Erwartung der amerikanischen Kriegserklärung bietet hier das Deutsche Auswärtige Amt Mexiko ein Kriegsbündnis an zur Rückgewinnung der im nordamerikanischen Raubkrieg von 1848 verlorenen Gebiete. Beim Kriegseintritt der USA soll somit ein

Großteil ihrer Truppen eine Kriegserklärung Mexikos binden. Mexikos Präsident Carranza versichert dem deutschen Außenminister auch seine warme Sympathie gegenüber Deutschland und verspricht eine verstärkte politische und militärische Kooperation.

Das Zimmermann-Telegramm, das kurioserweise über das Kabel des US-Außenministeriums läuft, ist weniger naiv als manche meinen wollten. Aber es wird durch die britischen Geheimdienste abgefangen und, da diese längst den deutschen Codeschlüssel besitzen, sofort dechiffriert. Am 23. Februar übergibt es der britische Premierminister Balfour ("der dramatischste Augenblick meines ganzen Lebens") dem US-Botschafter in London, Page.

Es schlägt wie eine Bombe ein, wird vielfach für eine Fälschung gehalten, gilt auch amerikanischen Senatoren und in Kreisen der New Yorker High-Society als Machenschaft britischer Agenten, bis Zimmermann selbst auf einer Pressekonferenz am 2. März in Berlin erklärt: "Es ist die Wahrheit".

In den USA kommt es nun zu Entrüstungstürmen ohnegleichen. Theodore Roosevelt, der alte Scharfmacher, schreibt an Senator Lodge: "Wenn Wilson nicht ab sofort den Krieg erklärt, werde ich ihn lebendig erwürgen."

Die öffentliche Meinung ist jetzt für den Krieg, den die "Zimmermann-Note" gewiß nicht verursacht, aber mit auslöst. ...<<

Präsident Wilson konkretisierte am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat die Grundsätze seiner Friedensordnung. Der US-Präsident forderte einen Frieden ohne Sieg, Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, das Recht auf äußere Selbstbestimmung für alle Völker und die Bildung eines universellen Völkerbundes als Friedensgarantie, anstelle der bisherigen Bündnisse (x041/180).

Die deutsche Reichsregierung informierte die USA am 31. Januar 1917 über den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (ab 1. Februar 1917).

Der nordamerikanische Botschafter in London schrieb am 5. März 1917 an US-Präsident Wilson (x243/10): >>... Vielleicht ist unser Eingreifen in den Krieg der einzige Weg, auf dem unsere hervorragende geschäftliche Lage erhalten und eine Panik (US-Rezession bzw. US-Depression) abgewendet werden kann. Das Unterseeboot hat den letzten Ausschlag gegeben für die Gefahr eines Weltfinanzkrachs. ...<<

Präsident Wilson erklärte am 2. April 1917 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x056/137): >>... Der gegenwärtige deutsche U-Bootkrieg gegen den Handelsverkehr ist ein Krieg gegen die Menschheit. ...

Unser Ziel ist es, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit gegen selbstüchtige und autokratische Gewalt zu verteidigen. ...

Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts durch ein Konzert freier Völker, das Frieden und Sicherheit für alle bringen und schließlich die Welt selbst befreien wird. ...<<

US-Präsident Wilson forderte den nordamerikanischen Kongreß am 2. April 1917 auf, Deutschland den Krieg zu erklären (x068/177-178): >>... Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk ... Wir haben ihm gegenüber keine anderen Gefühle als Sympathie und Freundschaft ... Wir haben keine egoistischen Ziele, keine Eroberungsabsichten oder Herrschaftsansprüche. Wir suchen keine materielle Entschädigung für die Opfer, die wir freiwillig bringen werden. Wir kämpfen nur für die Menschenrechte ...

Es ist furchtbar, dieses große und friedliche Volk in den Krieg führen zu müssen ... Aber das Recht ist wertvoller als der Frieden und wir werden für die Ideale kämpfen, die uns immer am meisten am Herzen gelegen haben ...

Dieser Aufgabe weihen wir unser Leben, unser Glück und alles, was wir sind und was wir

haben. Wir sind stolz darauf zu wissen, daß der Tag gekommen ist, an dem Amerika das Vorrecht hat, sein Blut und seine Kräfte für die Grundsätze hinzugeben, denen es seine Geburt und sein Glück verdankt, für den Frieden, der ihm teuer ist.

Mit Gottes Hilfe kann es nichts anderes tun ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über diese Rede des US-Präsidenten Wilson (x068/178-179): >>... Alles fand sich hier, um Menschen guten Willens zu begeistern, zu entflammen: reine Selbstlosigkeit, keine Spur von schnödem Egoismus, von Macht, von Geldgier, keine Eroberungs-, keine Herrschaftsgelüste. Nur Opfer, freiwillige Opfer, versteht sich, lauterste, für die gute, die beste Sache, für die Rechte, die Menschenrechte, die höchsten Ideale, ja, Sympathie gar und Freundschaft für die Feinde.

Und alles mit Gottes Hilfe ...

Gott, wer möchte da nicht mitkämpfen, wer nicht augenblicklich sein Blut verspritzen! Der Kongreß, zu alt zwar, zu kostbar, um selbst zu fechten, konnte leider nur andere (für sich) fechten lassen und jubelte. Ja, Demokraten wie Republikaner applaudierten. ...

Und wirklich - hatte es je eine freundschaftlichere Kriegsbotschaft gegeben? Je edlere Gründe für einen Krieg? Je eine zu tätige größere Tugendübung? Ein menschenfreundlicheres Werk? Es war eine Rede in jenem grandiosen Yankee-Stil, den man da seit den Tagen der Jefferson und Lincoln kultivierte, eine Heuchelei, die in Yankeebrüsten vielleicht gar nicht mehr empfunden wird, so tief schon ist sie eingedrungen durch Mark und Bein ins innerste Gemüt - ein Puritanererbe eben.

Auch Premier Asquith, ein Earl von Oxford und Asquith, vom gleichen Erbe begnadet, erkannte denn sofort im Unterhaus in der amerikanischen Kriegserklärung an Deutschland am 6. April 1917, ohne wie er betonte, jede Schmeichelei und Übertreibung, "eine der uneigennützigsten Handlungen der Geschichte". Der König und die Königin von England nahmen an einem feierlichen Dankgottesdienst in der Sankt-Pauls-Kathedrale teil.

Und Wilson, der "Friedensengel" wurde zum totalen Krieger, zum Bundesgenossen eines Chauvinisten wie Clemenceau, eines Lloyd George (der Asquith im Dezember 1916 als Ministerpräsident verdrängte), die nun beide die Notwendigkeiten eines totalen Sieges propagierten. Denn Wilson fürchtete eine Weltherrschaft Deutschlands.

Die Welt aber wollten die USA beherrschen. Schließlich hatte dort seit zwei Jahrzehnten eine gewisse Führungsgruppe auf einer expansiven Weltpolitik bestanden, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, genauer Schwierigkeiten. ...<<

Die Vereinigten Staaten von Amerika traten am 6. April 1917 in den Ersten Weltkrieg ein.

Der Kriegseintritt Nordamerikas brachte endgültig die Wende des Krieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde. Die großen US-Geleitzüge brachten jetzt noch mehr schwere Waffen (vor allem Panzer), Versorgungsgüter und ausgeruhte Truppen nach Europa. Ununterbrochen trafen neue Waffen-, Munitions- und Truppen Transporte in England und Frankreich ein.

Nordamerika griff in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte sollte angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/183-187): >>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv

unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den (besonders bedeutsamen) Brüdern Paul M. Warburg (gest. 1924) und Felix M. Warburg (gest. 1938), der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.

Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den (durchschnittlichen) Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten, den Kunst- und Kulturhistoriker Aby Warburg, den Begründer der Warburg-Bibliothek (erst in Hamburg, seit 1933 in London); den Botaniker Otto Warburg; den Zellphysiker und Nobelpreisträger (1931) Otto Heinrich Warburg.

Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie in den diversen Verzweigungen der Hochfinanz zwischen Risiko und Reiz, Verlockung und Gefahr, ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt.

In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.

Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so schefelte.

Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, Morgan auch sonst Kummer hatte, u.a. über den Absatz von Eisenbahnaktien im Wert von 400 Millionen Dollar (schon der heilige Augustinus hatte beredt die von Sorgen gequälten Reichen geschildert - und den Armen die "arbeitsreiche Armut" empfohlen), da mußte Morgan handeln.

Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiffs Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahresalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.

Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berühmte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerläßlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.

Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht

aufstiegen (und England entthronten) - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina.

Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels (1948-1952), sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.

Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.

Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist. ...

Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons.

Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustrieamt (War Industry Board) und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersonlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien.

Auch durch die Hände einiger, die ihn unterstützten.

Einiger Wirtschaftskapitäne beispielsweise, die stracks ihre Fabriken aufgaben, einstweilen sie ihrem Management überließen, um gleichfalls die Millionen und Milliarden durch ihre Finger gleiten zu lassen; sie zu verteilen für Arbeitskräfte, Aufträge, Dringlichkeitsunterstützungen. Alles aus purem Patriotismus, versteht sich, reinem Pflichtgefühl, edler Selbstlosigkeit, wie denn schon ihre Benennung sagte, "dollar a year men". Arbeiteten sie doch, man denke, für einen einzigen Dollar pro Jahr - und niemals dürfte eine geringere Bezahlung mehr eingebracht haben.

Nun war von kriegsentscheidender Bedeutung neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten.

Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustrieamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.

Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen größtenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.

Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt. ...<<

US-Präsident Wilson gab am 8. Januar 1918 in einer Rede vor dem US-Kongreß vierzehn Punkte bekannt, die als zukünftige Richtlinien für die Erhaltung des Weltfriedens dienen sollten.

Wilson forderte zur friedlichen Regelung aller Streitfragen (wie z.B. Sicherung der territorialen Unverletzlichkeit und politischen Unabhängigkeit aller Staaten) die Gründung eines Völkerbundes (x058/293-294): >>Wir traten in den Krieg ein, da Rechtsverletzungen vorgekommen waren, die uns aufs tiefste kränkten und unserem Volk das Leben zu einer Unmöglichkeit gestalteten, bevor sie nicht wieder gutgemacht waren und die Welt ein für allemal gegen deren Wiederholung gesichert war.

Wir beanspruchen daher in diesem Kriege nichts Besonderes für uns selbst. Die Welt muß tauglich und sicher gemacht werden, um in ihr leben zu können; und besonders muß sie für jede friedliebende Nation gleich der unseren sicher gemacht werden, die ihr eigenes Leben zu leben, ihre eigenen Einrichtungen zu bestimmen wünscht.

Gerechtigkeit und faires Handeln der anderen Völker der Welt müssen gegen Gewalt und Angriffsgeist gesichert werden. Sämtliche Völker sind in Wahrheit Genossen in diesem Interesse, und wir unsererseits erkennen mit äußerster Klarheit, daß, wenn anderen keine Gerechtigkeit gewährt wird, sie auch uns nicht gewährt werden kann.

Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, und dieses Programm, das einzig mögliche Programm wie wir es sehen, lautet:

I. Öffentliche Friedensverträge, öffentlich beschlossen, nach denen es keine privaten internationalen Abmachungen irgendwelcher Art geben darf. Vielmehr soll die Diplomatie stets frei und vor aller Öffentlichkeit sich abspielen.

II. Absolute Freiheit der Schifffahrt auf der See außerhalb der territorialen Gewässer ...

III. Soweit als möglich die Aufhebung sämtlicher wirtschaftlicher Schranken und die Fortsetzung gleichmäßiger Handelsbeziehungen zwischen sämtlichen Nationen, die dem Frieden zustimmen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

IV. Angemessene Garantien, ... daß die nationalen Rüstungen ... herabgesetzt werden.

V. Eine freie, offenherzige und absolut unparteiische Ordnung aller kolonialen Ansprüche, gegründet auf strenge Beachtung des Prinzips, daß bei Bestimmung aller derartigen Fragen der Souveränität das Interesse der betreffenden Bevölkerung gleiches Gewicht haben muß wie die billigen Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel festgesetzt werden soll ...

VI. Die Räumung des gesamten russischen Gebietes und eine derartige Erledigung aller Rußland berührenden Fragen, um die beste und freieste Zusammenarbeit der übrigen Nationen der Welt zu sichern ...

VII. Belgien, dem wird die ganze Welt zustimmen, muß, ohne jeden Versuch, die Souveränität, deren es sich gleich allen anderen Nationen erfreut, zu beschränken, geräumt und wiederhergestellt werden ...

VIII. Das gesamte französische Gebiet muß befreit und die verwüsteten Teile wieder hergestellt werden. Ebenso müßte das Frankreich durch Preußen 1871 in Sachen Elsaß-Lothringen angetane Unrecht, das den Weltfrieden nahezu 50 Jahre bedroht hat, berichtigt werden, um den Frieden im Interesse aller wieder Sicherheit zu verleihen.

IX. Eine Berichtigung der Grenzen Italiens sollte gemäß den klar erkennbaren Nationalitätenslinien bewirkt werden.

X. Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir gefestigt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Möglichkeit autonomer Entwicklung gewährt werden (nicht identisch mit Zerschlagung der Donaumonarchie) ...

XI. Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt werden, besetzte Gebiete wieder hergestellt, Serbien freier und gesicherter Zugang zum Meere gewährt und die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten zueinander auf Grund freundschaftlicher Verabredung gemäß

den historisch festgesetzten Grenzen der Untertanenpflicht und der Nationalität festgelegt werden. ...

XII. Dem türkischen Teil des gegenwärtigen ottomanischen Reiches sollte eine gesicherte Souveränität gewährleistet werden ...

XIII. Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, denen ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet und dessen politische und ökonomische Unabhängigkeit sowie dessen territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollen.

XIV. Eine allgemeine Gesellschaft der Nationen muß auf Grund eines besonderen Bundesvertrages gebildet werden zum Zweck der Gewährung gegenseitiger Garantien für politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität in gleicher Weise für die großen und kleinen Staaten. In bezug auf diese notwendige Berichtigung von Unrecht und Sicherung des Rechtes betrachten wir uns als intime Genossen sämtlicher Regierungen und Völker, die sich gegen die Imperialisten zusammengeschlossen haben. Es gibt für uns keine Sonderinteressen oder andersartige Ziele. Bis zum Ende stehen wir zusammen.<<

Wilson dachte bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstrebten (x041/71, x064/125).

Später warf man mehrere Millionen Druckschriften des "14 Punkte-Friedens-Programms" mit Flugzeugen über dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ab, um den Widerstandswillen der Bevölkerung und der Truppen zu schwächen (x177/85).

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606):
>>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:

Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;

Freiheit der Meere;

Freiheit des internationalen Handels;

Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;

"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;

Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;

Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;

Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;

Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;

Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;

Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;

Unabhängigkeit des türkischen Staates,

Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;

Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;

Gründung eines Völkerbundes.

Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<

Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtete später in seinem Buch "Als Deutschland Großmacht war" über ein gemeinsames Gebet der Abgeordneten des US-Kongresses während der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode am 10. Januar 1918 (x847/...): >>Du weißt, O Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, mit einer der schändlichsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und tückischsten Nationen, die jemals die Seiten der Geschichte entehrt haben.

Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage zurück das große Pack hungriger, wölfischer Hunnen, von deren Fängen Blut und Geronnenes tropfen.

Und Dir sei Lob immerdar durch Jesus Christus, Amen.<<

US-Präsident Wilson erklärte am 4. Juli 1918, daß die neuen Grenzen auch die Interessen von ethnischen Gruppen und die Volkszugehörigkeit berücksichtigen müssen (x028/41).

US-Präsident Wilson lehnte separate Friedensverhandlungen mit Österreich-Ungarn am 14. September 1918 ab (x041/72).

US-Präsident Wilson warb am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...

Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wessen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<

Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitete US-Präsident Wilson in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms (x243/12): >>Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. ...

Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ... aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. ...<<

Österreich-Ungarn trat dem deutschen Waffenstillstandsangebot am 4. Oktober 1918 bei.

US-Präsident Wilson lehnte am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... (Kein) Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf (fremdem) Boden stehen. ...<<

Wilson forderte am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>... Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. ...<<

US-Präsident Wilson beantwortete am 20. Oktober 1918 das österreichisch-ungarische Waffenstillstandsangebot vom 4. Oktober 1918. Er forderte, daß die Selbständigkeitswünsche der Völker der Monarchie anerkannt werden müssen (x041/72).

US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>(Der) Waffenstillstand (muß) ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...

Die ... Vereinigten Staaten (werden nur) ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation,

sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Entente-mächten. Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft.

Die Deutschen mußten innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wurde termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befanden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich mußte alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren durften.

Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes mußte das ausgehungerte Deutsche Reich später 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/41-42): >>Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident (Wilson) Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch bevollmächtigt sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen. In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit ... Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". ...

Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig.

Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern".

Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen sollte, die es wehrlos machen würden.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**

Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen.

Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides

sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.

Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.

Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser. Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen.

In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Élysées entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"

Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.

Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging.

Dabei war der Schottenabkömmling, der Mann mit dem grobknochigen Kleppergesicht, dem angriffigen Kinn, der Mensch, von dem ein Freund meinte, Gott habe ihn häßlich geschaffen, aber er selbst sich ein gutes Aussehen gegeben, dabei war dieser Präsident doch sonst so selbstsicher, so von sich eingenommen, daß er in seinem intellektuellen Hochmut kaum zugänglich für andere Ansichten war, daß er keinen Widerspruch duldete und gern bemerkte: "Ein Yankee glaubt immer, daß er Recht hat, ein Schotte weiß, daß er Recht hat".

Ja, dieser Präsident hielt sich für so messiasgleich, daß Journalisten höhnten, er sei inmitten des Atlantiks vom Schiff in die Tiefe gesprungen, Begleitern, die ihn hindern wollten, zureufend: "Er ist doch auch auf dem Meere gewandelt!" (Indes war Wilson nicht verrückt, wie ... Pius XL, der Verkünder der Päpstlichen Unfehlbarkeit, der nicht nur das Christuswort "Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben" auf sich angewandt, sondern 1870 durch den Zuruf an einen Krüppel "Stehe auf und gehe!", auch eine mißglückte Wunderheilung zu verzeichnen hatte). ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren. Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen:

"Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der

Vorherrschaft."

Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. ...<<

Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Vor allem für die deutschen Siedler in Ost- und Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" schon bald verheerend auswirken.